

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. November 1968
am Donnerstag, dem 28. November 1968
am Freitag, dem 29. November 1968

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|--------------------------------------|---|
| 1. Abgeordneter
Dr. Lohmar | Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der Aufforderung des Deutschen Bundestages vom 7. Mai 1968 zu ziehen, die Bundesregierung möge die Zuständigkeiten für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung, der technologischen Entwicklung und der Bildungsplanung beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung konzentrieren? |
|--------------------------------------|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Sänger | Welche Hindernisse stehen entgegen, um die Postämter auf deutschen Flughäfen für den vollen Postdienst (einschließlich Paketdienst) auszurüsten? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Arndt
(Hamburg) | Ist die Bundesregierung bereit, einen eventuellen Mehrerlös der Sondermarke, die die Deutsche Bundespost am 10. Dezember 1968 zum Jahre der Menschenrechte herausgibt, der Organisation Amnesty International für deren Aufgaben zur Verfügung zu stellen? |

*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*

Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

- | | |
|----------------------------------|--|
| 4. Abgeordneter
Porsch | Sind die Äußerungen des Bonner Ministerialrats Dr. Wolfrum vor der Jungen Union in Bad Godesberg, nur mit großzügigen finanziellen Angeboten der Bundesrepublik Deutschland im Rücken hätten die tschechischen Führer ihren Reformkurs gegen den Willen der Sowjets solange einhalten können, in ihren Voraussetzungen und Wertungen gerechtfertigt? |
|----------------------------------|--|

*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*

5. Abgeordneter
Rollmann Teilt die Bundesregierung die Meinung des Hamburger Arbeits- und Sozialsenators Weiß, daß es notwendig ist, den § 3 des Bundesvertriebenengesetzes weiter zu liberalisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

6. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Jugendgruppen aus dem Zonenrandgebiet erhöhte Beihilfen für Fahrten in das Innere der Bundesrepublik Deutschland und ins Ausland zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

7. Abgeordneter
Ertl Trifft es zu, daß die Bundesregierung ein Programm vorbereitet, wonach 10% der deutschen Entwicklungshilfe, also 200 Millionen DM, in Zukunft in Form von konservierten Lebensmitteln gegeben werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Sieht sich die Bundesregierung durch das am Wochenende in der Gemarkung der Stadt Gernsheim ausgelaufene Dieselöl veranlaßt, die Sicherheitsvorschriften für Lagerung und Transport von Mineralölen zu überprüfen?
9. Abgeordneter
Dr. Wörner Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, wenn die französische Regierung entsprechend den Empfehlungen ihres Generalplanungskommissariats durch steuerliche Maßnahmen und durch administrative Beschränkung die Einfuhren nach Frankreich hemmen und damit die Verwirklichung der Zollunion umgehen sollte?
10. Abgeordneter
Rollmann Lehnt die Bundesregierung nach wie vor eine Aufwertung der Deutschen Mark ab?
11. Abgeordneter
Peters (Poppenbüll) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen regionaler Förderungsmaßnahmen in Bundesausbauorten (Husum) Bundesmittel zum nötigen Neubau von weiterführenden Schulen (Gymnasium) zu gewähren?

12. Abgeordneter
Dr. Meinecke Entspricht die Grundtendenz des Artikels über die Chancen der deutschen Computerindustrie im Wirtschaftsmagazin Capital Nr. 10/68, die deutsche Computerindustrie könne nur in wirksamer Zusammenarbeit im Wettbewerb gegen die ausländische Konkurrenz bestehen, auch der Auffassung der Bundesregierung?
13. Abgeordneter
Dr. Meinecke Bei Bejahung der Frage 12: welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen oder welche gedenkt sie zu ergreifen, um eine solche industrielle Zusammenarbeit zu fördern oder herbeizuführen?
14. Abgeordnete
Frau Freyh Welche Gründe haben die Entscheidung der Bundesregierung über die Behandlung der auf dem Rhein-Main-Flughafen am 2. November 1968 zunächst angehaltenen Luftfrachtsendung von Flugkörperteilen aus Kalifornien mit Bestimmung nach Saudi-Arabien verzögert?
15. Abgeordneter
Weigl Inwieweit beeinflussen die relativ hohen Energiepreise neben den sonstigen Nachteilen, z. B. des Standortes, die Wettbewerbssituation der im Zonehrandgebiet ansässigen Wirtschaft negativ?
16. Abgeordneter
Weigl Warum wird die Selbstbeschränkung für leichtes Heizöl, die zu erheblichen Verteuerungen für den Verbraucher geführt hat, nicht aufgegeben, wenn feststeht, daß dadurch der Verbrauch an Hausbrandkohle kaum beeinflußt werden dürfte?
17. Abgeordneter
Hirsch Ausgehend von Presseberichten, wonach die saarländische Landesregierung zur Übertragung der „Saarbrücker Zeitung“ an eine unabhängige Stiftung insbesondere deshalb nicht bereit sei, weil sie den dadurch eintretenden Vermögensverlust in der Größenordnung von 50 Millionen DM sich nicht leisten könne, frage ich die Bundesregierung, ob sie bereit ist, einen Beitrag zur Milderung des Problems der Pressekonzentration dadurch zu leisten, daß sie ggf. solche Vermögensverluste des Saarlandes aus Bundesmitteln auszugleichen hilft?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

18. Abgeordneter
Kohlberger Welche Gründe haben den Luftwaffenführungsstab der NATO-Luftstreitkräfte bewogen, den Bombenabwurfübungsplatz Siegenburg (Kreis Kehlheim) aufzugeben und ihn in den Raum Dillingen—Höchstädt—Wertingen zu verlegen?

19. Abgeordneter **Strohmayer** Treffen Nachrichten zu, daß der Führungsstab der Luftwaffe beim Bundesverteidigungsministerium den Bombenabwurfplatz aus dem NATO-Gelände Siegenburg ins Donauried zwischen die Städte Höchstädt und Wertingen zu legen beabsichtigt?
20. Abgeordneter **Ollesch** Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht des Inspektors der Luftwaffe, Generalleutnant Steinhoff, dem Deutschen Bundestag könne der Vorwurf nicht erspart werden, er verzögere die Möglichkeiten zur Abhilfe in bezug auf den Mangel an Unteroffizieren?
21. Abgeordneter **Jung** Wann ist mit dem endgültigen Bau des seit langer Zeit für notwendig erachteten Soldatenheimes in Mellrichstadt zu rechnen?
22. Abgeordneter **Jung** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, um für die Unteroffiziere und Feldwebel und deren Familien Begegnungsstätten ähnlich denen der Offiziersheime zu schaffen?
23. Abgeordneter **Jung** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auch die Soldaten auf Zeit, die Offiziere sind, nach Ablauf ihrer Verpflichtungszeit in das Berufsleben einzugliedern, ohne daß sie ihren sozialen Besitzstand vermindern müssen?
24. Abgeordneter **Dr. Wörner** Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, die gegenwärtig bei der Bundeswehr im Einsatz befindliche Flugzeuggeneration nach ihrem Auslaufen durch ein von der deutschen Luftfahrtindustrie entwickeltes und gefertigtes Flugzeugmuster (NKF) zu ersetzen?
25. Abgeordneter **Dr. Wörner** Ist die Bundesregierung bereit, auch bei einer Mitarbeit ausländischer Staaten der deutschen Luftfahrtindustrie die Federführung bei diesem Projekt zu sichern?
26. Abgeordneter **Josten** In welcher Weise will die Bundesregierung auf Grund zahlreicher Vorschläge zur Wehrgerechtigkeit beitragen?
27. Abgeordneter **Fellermaier** Billigt die Bundesregierung die Auffassungen, die in einem Vortrag von Fregattenkapitän Fried am 18. Oktober 1968 in Ulm vor der Gesellschaft zur Förderung öffentlicher Verantwortung mit dem Thema „Neue Formen in der Wehrpolitik auf Grund der jüngsten Ereignisse“ zum Ausdruck gekommen sind und über die in der Presse mit folgenden Schlagzeilen berichtet wurde; „Im Bundesverteidigungsministerium lebt Ludendorffs Theorie vom totalen Krieg; Plädoyer für die Macht; Bundeswehroffizier: Trotz vergaster Juden stolz auf unsere Geschichte,“?

28. Abgeordneter
Fellermaier Ist die Bundesregierung bereit, die Untersuchung über die Vortragstätigkeit von Fregat-
tenkapitän Fried nunmehr, da bereits ein Mo-
nat vergangen ist, energischer voranzutreiben
und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen?
29. Abgeordneter
Fellermaier Nach welchen Kriterien werden vom Bundes-
verteidigungsministerium die Vortragenden
auf dem Gebiet Wehraufklärung ausgewählt
und eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

30. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert** Wie beurteilt die Bundesregierung die im
Haushaltsplanentwurf 1969 des Bundesinnen-
ministers (Einzelplan 06) vorgesehenen Kür-
zungen der Sportförderungsmittel im Zusam-
menhang mit der gleichzeitig geplanten Bun-
deszentrale für Sport, die im Jahre ihrer Inbe-
triebnahme an Bau-, Einrichtungs- und Perso-
nalkosten rund 10 Millionen DM kosten soll?
*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*
31. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert** Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß
unter Einsparung der Mittel für die Errichtung
einer Bundeszentrale für Sport durch die Zu-
sammenlegung der Bundesressorts für Sport,
Jugend und Gesundheit ein wirkungsvolles
„Koordinierungs- und Sportförderungsinstru-
ment“ geschaffen werden könnte?
*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*
32. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert** Ist die Bundesregierung bereit, bei den Bun-
desländern einen erneuten Versuch zu unter-
nehmen, die Förderung des Sports in den
Katalog der Gemeinschaftsaufgaben von Bund
und Ländern aufzunehmen?
*Fragesteller hat sich mit
schriftlicher Beantwortung
einverstanden erklärt.*
33. Abgeordneter
Ertl Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen
der Sportförderung zu tun, um den deutschen
Athleten für die Olympischen Spiele 1972 in
München die gleichen günstigen Ausgangs-
möglichkeiten zu verschaffen, wie sie durch
die Sportförderung in anderen Ländern schon
seit geraumer Zeit bestehen?
34. Abgeordneter
Dr. Wörner Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregie-
rung, nicht zum Wehrdienst einberufene Wehr-
pflichtige mehr als bisher bei den Gruppen des
Technischen Hilfswerks einzusetzen, um deren
Personalstärke zu verbessern?
35. Abgeordneter
Borm Werden oder wurden die Deutsche Wählerge-
sellschaft e. V. und die Broschüre „Der Wäh-
ler“ in irgendeiner Form aus öffentlichen
Mitteln unterstützt?
36. Abgeordneter
Borm Wie hoch sind diese Mittel?

37. Abgeordneter
Porsch Sind im Haushaltsvoranschlag 1969 beim Bundesinnenminister Mittel für die Förderung von Sportstätten von 37 Millionen DM auf 23 Millionen DM gekürzt worden, weil die Länderregierungen Zuschüsse der Bundesregierung für den allgemeinen Sportstättenbau der Vereine und Gemeinden als einen Eingriff in ihre eigenen Zuständigkeiten angesehen haben?
38. Abgeordneter
Porsch Wird die Bundesregierung alles versuchen, um auch in Zukunft Bundeszuschüsse für den allgemeinen Sportstättenbau sicherzustellen?
39. Abgeordneter
Josten Wird die Bundesregierung nach den Erfahrungen der Olympischen Spiele in Mexiko den Sport nach den Grundsätzen des Goldenen Planes wie bisher weiter fördern?
40. Abgeordneter
Dr. Miessner Wie glaubt die Bundesregierung die öffentlichen Erklärungen ihrer Kabinettsmitglieder Benda und Dr. Dollinger, daß sogenannter Dienst nach Vorschrift für Beamte eine Pflichtverletzung darstelle und disziplinarisch geahndet werde, mit den Auffassungen des Bundesverkehrsministers Leber, der am 13. November 1968 im Deutschen Bundestag zu diesem Fragenkomplex erklärte, „Ich kann im übrigen nicht einen einzigen Punkt im Verhalten der Flugsicherungsbeamten finden, bei dem ich ihnen nachweisen könnte, daß sie gegen geltendes Recht verstoßen und damit ein Eingreifen der Bundesregierung möglich machen. . . . Hier wird einmal nach Vorschrift gearbeitet, und schon taucht die Frage auf, ob das nicht vom Staat völlig zu unterbinden ist. Wer das völlig unterbinden will, muß ein Wesensmerkmal der Demokratie ändern. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir auch mit so unbequemen Dingen eine Zeitlang leben müssen.“, in Einklang bringen zu können?
41. Abgeordneter
Dr. Miessner Muß man nicht insbesondere aus den folgenden Erklärungen des Bundesverkehrsministers Leber auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Picard „. . . . muß ich Ihnen darauf antworten, daß die Durchführung von Gesetzen und Regeln, die einem Beamten auferlegt sind, zuerst das Kennzeichen seiner Tätigkeit ist. Das tun die Leute gerade. Aber die schöpfen die Freiheiten und die Toleranzen, die ihnen das auferlegte Recht einräumt, nicht voll aus.“ entnehmen, daß er den angekündigten „Dienst nach Vorschrift“ der Flugsicherungsbeamten, der zu Verspätungen und finanziellen Schäden geführt hat, für eine legale Kampfmaßnahme von Beamten hält?
42. Abgeordneter
Dr. Miessner Soll gegenüber dem Postbeamten hart durchgegriffen werden, während im gleichen Zuge die Wünsche der Flugsicherungsbeamten auf deren Druck hin erfüllt werden?

43. Abgeordneter
Kohlberger Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Beamte, der seine ihm auferlegten Pflichten nach Vorschrift verrichtet, gegen seine Dienstpflicht und gegen bestehende Gesetze verstößt?
44. Abgeordneter
Kohlberger Was hat den Regierungssprecher Ahlers veranlaßt zu erklären, daß Dienst nach Vorschrift eine Pflichtverletzung darstellt und einem Bummelstreik gleichkommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

45. Abgeordneter
Dr. Imle Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Verkehrsbehinderungen bei dem Eisenbahnkreuzungsverkehr in Wunstdorf, die teilweise Wartezeiten bis zu einer Viertelstunde und mehr verursachen, zu beseitigen?
46. Abgeordneter
Geldner Welche Dringlichkeitsstufe hat in den Überlegungen der Bundesregierung der Plan einer Nord-Süd-Autobahn zwischen Nürnberg und Augsburg?
47. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Da die Subventionierung des Flugverkehrs Berlin—Hannover dazu geführt hat, daß ein wesentlicher Teil der bisher mit dem Bus durch die DDR reisenden Westberliner zum Flugzeug übergegangen ist, frage ich die Bundesregierung, was sie zu tun gedenkt, um die Konkurrenzfähigkeit des betroffenen Omnibusgewerbes sicherzustellen?
48. Abgeordneter
Rollmann Ist es richtig, daß trotz anderer Rechtspflichten ein Großteil der Taxis mit stillschweigender Duldung der Polizei bereits wieder ohne Trennscheibe in Betrieb ist?
49. Abgeordneter
Reichmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einführung des RKT-Entfernungswerks durch die Tarifkommission des Güterfernverkehrs seit Jahren verzögert wird?
50. Abgeordneter
Reichmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Verzögerung in vielen Härtefällen erhebliche Verluste und Wettbewerbsverzerrungen verursacht werden?
51. Abgeordneter
Reichmann Bis zu welchem Zeitpunkt kann konkret mit der Einführung des RKT-Entfernungswerks durch die Tarifkommission des Güterfernverkehrs gerechnet werden?

- | | | |
|--|---|--|
| 52. Abgeordneter
Dr. Häfele | Ist der Bundesregierung bekannt, daß das wirtschaftlich bedeutsame Gebiet des Landkreises Villingen sehr darunter leidet, daß die Bundesstraße 33 im Kinzigtal mit den Ortsdurchfahrten Haslach und Hausach eine schlechte Verkehrsverbindung darstellt? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 53. Abgeordneter
Dr. Häfele | Wann wird der in Frage 52 genannte Verkehrsengpaß beseitigt sein? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 54. Abgeordneter
Schwabe | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der immer stärker werdenden Überfüllung der 1. Klasse-Abteile in den internationalen Zügen und Fernzügen entgegenzuwirken? | |
| 55. Abgeordneter
Schmitt-
Vockenhausen | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Interesse der Einheitlichkeit in den Eisenbahnkursbüchern wie bei den Flugplänen die Aufzählung der Wochentage mit 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7, beginnend mit dem Montag, vorzunehmen? | |
| 56. Abgeordnete
Frau Mönikes | Beabsichtigt die Bundesregierung, einer Stilllegung der Bahnstrecke Dümpelfeld—Lissendorf zuzustimmen? | |
| 57. Abgeordnete
Frau Mönikes | Bei Bejahung der Frage 56: was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den reibungslosen Transport von Personen und Gütern auf den denkbar schlechten Verkehrsstraßen insbesondere im Raume Adenau sicherzustellen? | |
| 58. Abgeordneter
Barche | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um nicht nur die Bevölkerung vor gesundheits-schädigenden Auswirkungen des von den Überschallflugzeugen erzeugten Überschallknalls zu schützen, sondern auch um Zerstörungen aller Art an Gebäuden zu verhindern, die im Bereich des Knallteppichs liegen? | |
| 59. Abgeordneter
Barche | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die so gesundheitsgeschädigten Personen und die Eigentümer geschädigter Gebäude Regreßansprüche stellen können? | |
| 60. Abgeordneter
Barche | Ist die Bundesregierung bereit, die vom hannoverschen Ingenieur Preuß konstruierte Vorrichtung, mit der es möglich sein soll, die schädigenden Auswirkungen des Überschallknalls auf ein Minimum herabzudrücken, schnellstens auf ihre Anwendbarkeit zu überprüfen? | |
| 61. Abgeordneter
Peiter | Ist die Bundesregierung bereit zu veranlassen, daß für die im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn weggefallenen Warteräume in geschlossenen Bahnhöfen und Haltestellen den Kunden der Deutschen Bundesbahn, insbesondere im Hinblick auf die Wintermonate, eine ausreichende Ersatzlösung zur Verfügung gestellt wird? | |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Wohnungswesen und Städtebau**

62. Abgeordneter **Wurbs** Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des Städtebauinstituts, durch die geplante Finanzreform werde die Verpflichtung des Bundes, die finanziellen Aufwendungen für das Wohngeld neben den Bundesländern zur Hälfte zu übernehmen, in Frage gestellt?
63. Abgeordneter **Wurbs** Ist die Besorgnis berechtigt, daß der Bund seinen Einfluß auf einem sozialpolitisch äußerst wichtigem Gebiet preisgäbe, wenn er den Wohngeldaufwand ausschließlich den Ländern aufbürden würde, deren unterschiedliche Finanzstruktur die Gleichberechtigung der Wohngeldempfänger zu gefährden drohe?
64. Abgeordneter **Strohmayer** Wird es möglich sein, die Ergebnisse der kürzlich durchgeführten Wohnungszählung für die künftige städtebauliche Planung nutzbar zu machen?
65. Abgeordneter **Baier** Welche Gründe haben den Bundeswohnungsbauminister veranlaßt, die wiedereingeführte Wohnungsbauförderungsmaßnahme „Große Familie“, wie es im Rundschreiben des Bundeswohnungsbauministers vom 10. April d. J. an die Länder heißt, „nicht besonders zu publizieren“?
66. Abgeordneter **Baier** Nach welchen Mitteln und Wegen hat der Bundeswohnungsbauminister gesucht, um die Förderung des Wohnheimbaues für Studenten zu intensivieren?
67. Abgeordneter **Orgaß** Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Landesverband hamburgischer Grundeigentümer — für die Zeit nach Umwandlung Hamburgs vom „schwarzen“ in den „weißen Kreis“ zum 1. Januar 1969 — herausgegebenen „Hamburger Mietvertrag für Wohnraum“?
68. Abgeordneter **Orgaß** Hält die Bundesregierung es mit dem sozialen Mietrecht für vereinbar, daß der Mieter sich mit seiner Unterschrift unter diesen Mietvertrag der Möglichkeit begibt, die Sozialklausel des § 556 a BGB in Anspruch nehmen zu können?.
69. Abgeordneter **Orgaß** Hält die Bundesregierung die in dem „Hamburger Mietvertrag für Wohnraum“ vorgesehene Mietverpflichtung, Reparaturen an Licht, Klingelanlagen, Schlössern, Wasserspülungen, Klosettspülungen, Ofen, Badeöfen und Warmwasserbereitungsanlagen unverzüglich nach Feststellung der Schäden auf seine Kosten ausführen zu lassen und die in diesem Zusammenhang vorgesehene Vorauszahlung von

zwei unverzinslichen Monatsmieten als Sicherheit an den Vermieter mit der Bestimmung des sozialen Mietrechts für vereinbar, die dem Eigentümer auferlegt, den Mietgegenstand in gebrauchsfähigem Zustand zu vermieten und zu erhalten?

70. Abgeordneter
Dr. Giuliani Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es eines eigenen Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetzes bedarf, statt die im Entwurf dieses Gesetzes behandelte Materie durch Ergänzung des Bundesbaugesetzes zu regeln?
71. Abgeordneter
Dr. Giuliani Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im Entwurf vorgesehene Wertermittlung bei Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen (§§ 15 und 62), insbesondere die nur bedingte und teilweise Berücksichtigung der Wertsteigerung bei der Entschädigungsbemessung, mit dem Grundgesetz vereinbar ist?
72. Abgeordneter
Dr. Giuliani Hat die Bundesregierung, trotz der negativen Erfahrungen mit der Preisstopp-Gesetzgebung der Jahre 1936 und 1942, die Erwartung, daß die umfangreichen Genehmigungsvorbehalte des Entwurfs, verbunden mit dem Preisstopp, im Sinne eines gesunden Grundstücksmarkts gelegen und geeignet sind, die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

73. Abgeordneter
Rehs Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem der Aktionsausschuß zur Durchführung des Jahrs der Menschenrechte ihr in seiner Sitzung vom 16. September 1968 unter Teilnahme von Bundesjustizminister Dr. Heinemann empfohlen hat, ihre Bemühungen um die Wahrung und Respektierung der Menschenrechte zu verstärken, noch in diesem Jahr — also noch vor Abschluß des von den Vereinten Nationen proklamierten „Internationalen Jahrs der Menschenrechte 1968“ — eine entsprechende Absichtserklärung abzugeben?
74. Abgeordnete
Frau Dr. Diemer-Nicolaus Wieviel Strafverfahren sind wegen Aufruhr, Auflauf oder Landfriedensbruch anhängig?
75. Abgeordnete
Frau Dr. Diemer-Nicolaus Wieviel Verurteilungen sind bereits erfolgt?
76. Abgeordnete
Frau Dr. Diemer-Nicolaus Wieviel Freisprüche sind ergangen?

77. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** Ist der Bundesregierung die Organisation Amnesty International bekannt, die sich mit der Betreuung politischer Gefangener — insbesondere jedoch solcher, die um ihres Gewissens willen ihrer Freiheit beraubt sind — in den kommunistischen Staaten, denen des Westens und denen der „Dritten Welt“ befaßt?
- Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

78. Abgeordneter **Opitz** Wann beabsichtigt die Bundesregierung, meine mündliche Anfrage gemäß § 111 der Geschäftsordnung für die Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. September 1968 auf Drucksache V/3277 (neu) und Stenographischer Bericht über die 186. Sitzung des Deutschen Bundestages, Seite 10068, zu beantworten?
79. Abgeordneter **Folger** Ist es richtig, daß die Bundesregierung beabsichtigt, Zündholzschachteln als Werbeträger für ihre Politik zu benützen?
80. Abgeordneter **Folger** Wenn die Frage 79 bejaht wird: ist damit das Verbot, auf Zündholzschachteln und -briefchen politische Reklame zu machen, hinfällig, so daß der Weg auch für politische Parteien, Abgeordnete und andere frei ist?
81. Abgeordneter **Dichgans** Warum ist das deutsch-südafrikanische Doppelbesteuerungsabkommen noch nicht unterzeichnet?
82. Abgeordneter **Dichgans** Wann rechnet die Bundesregierung mit der Unterzeichnung?
83. Abgeordneter **Weigl** Trifft es zu, daß soziale Härten vermieden werden könnten, wenn in die jetzt laufende Versetzungsaktion auch jüngere Zollbeamte einbezogen würden, die bis jetzt noch nicht zur Grenzablösung vorgesehen sind (ab Jahrgang 1934)?
84. Abgeordneter **Matthöfer** Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den derzeit unterbrochenen Tarifverhandlungen für Arbeitnehmer der Stationierungstreitkräfte zumindest für Ballungsbereiche durch britische und amerikanische Streitkräfte Lohnangebote gemacht wurden, die die bisher gezahlten freiwilligen Zulagen der Streitkräfte übertreffen, so daß bei der üblichen Anrechnung der Lohn-erhöhung auf diese Zulage später keine Erhöhung der Löhne erfolgen würde?

85. Abgeordneter
Matthöfer Wird das „Einvernehmen“ gemäß Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Statut von der Bundesregierung so verstanden, daß ihre wirtschafts- und tarifpolitischen Grundsätze und die notwendige Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in der Gestaltung dieser Arbeitsbedingungen — zuletzt in einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 24. Mai 1965 (Drucksache IV/3501) gefordert — nicht durchgesetzt werden können?
86. Abgeordneter
Matthöfer Wann ist mit einem Abschluß der Verhandlungen zu rechnen, die die Bundesregierung seit der Aufforderung des Deutschen Bundestages im Mai 1965 mit den Entsendestaaten über die Veränderung des Rechtsstatus der Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften führt?
87. Abgeordneter
Peiter Welcher Betrag fließt dem Organisationskomitee für die XX. Olympischen Spiele in München 1972 bei dem Verkauf der offiziellen Olympia-Gedenkmedaillen in den verschiedenen Ausführungen zu?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

88. Abgeordneter
Logemann In welchem Ausmaß wird die deutsche Landwirtschaft von den Maßnahmen betroffen, die von der Bundesregierung zur Verminderung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten einiger anderer Länder vorgesehen sind?
89. Abgeordneter
Logemann Wird die Begünstigung von Einfuhren zu einer weiteren Beeinträchtigung der Absatzchancen deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt führen?
90. Abgeordneter
Logemann Wodurch wird verhindert werden, daß die erheblichen und staatlich geförderten Bemühungen um eine Steigerung des deutschen Agrarexports durch die vorgesehenen Maßnahmen zunichte gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

91. Abgeordneter
Dr. Hammans Trifft es zu, daß für das britische Hauptquartier in Mönchengladbach 220 portugiesische Arbeitskräfte angefordert wurden?

92. Abgeordneter
Dr. Hammans Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister 36 300 DM als Überführungskosten für die in Frage 91 genannten portugiesischen Arbeitskräfte zur Verfügung stellen soll?
93. Abgeordneter
Dr. Hammans Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut Presseberichten etwa 40 Natobediensteten im Landkreis Kempen-Krefeld (Hauptquartier Mönchengladbach) gekündigt werden soll, Ersatzarbeitsplätze in zumutbarer Entfernung aber nicht zur Verfügung stehen?
94. Abgeordneter
Dr. Enders Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitgeber für kriegsbeschädigte Arbeitnehmer, die während einer Badekur nicht arbeitsunfähig geschrieben und deshalb bei der Krankenkasse abgemeldet werden, keine Beiträge zur Krankenkasse und zur Rentenversicherung zahlen?
95. Abgeordneter
Dr. Enders Wie wirkt sich bei diesen Kriegsopfern der mehrfache Ausfall von nicht belegten Versicherungszeiten während einer sechswöchigen Badekur auf die spätere Rentenleistung aus?
96. Abgeordneter
Dr. Enders Ist die Bundesregierung bereit, um diesen Nachteil zu beseitigen, für die betroffenen Kriegsbeschädigten die Beiträge zur Krankenkasse und zur Rentenversicherung während einer Badekur zu übernehmen?
97. Abgeordneter
Dröscher Hat die Bundesregierung die Absicht, dem Deutschen Bundestag eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften dafür vorzuschlagen, daß die 65jährigen Arbeitnehmer, die aus dem Zustand der Arbeitslosigkeit heraus ihre Rente beantragen müssen, einen ganzen Monat ohne jegliches Einkommen sind, weil das Arbeitslosengeld nur bis zum letzten des Monats gezahlt wird, der dem Geburtstag vorausgeht, die Rente aber erst ab dem 1. des folgenden Monats?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

98. Abgeordnete
Frau Dr. Maxsein Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß das schon vorhandene Gemeinschaftsprogramm Bundesrepublik Deutschland — Frankreich „Symphonie“ nur dann sinnvoll ist, wenn die westeuropäischen Staaten insgesamt entschlossen sind, selbst Nachrichtensatellitensysteme — in INTELSAT integrierte Regionalsysteme — zu errichten und zu betreiben?

99. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein** Ist die Bundesregierung sich bewußt, daß die Amerikaner während der EUROSPACE-Konferenz in München keineswegs bedingungslose Zusagen für die Lieferung von Trägerraketen gemacht haben, sondern darauf hinweisen, daß solche Lieferungsverträge mit INTELSAT vereinbar sein müssen?
100. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein** Trifft es zu, daß Kanada Interesse am Eintritt in die ELDO geäußert hat und daß die Kanadier ein eigenes Satellitensystem unabhängig von den USA zu errichten wünschen?
101. Abgeordneter **Flämig** In welcher Weise nimmt das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung entscheidenden Einfluß auf die Auswahl und Festlegung der Sonderforschungsbereiche?
102. Abgeordneter **Flämig** Welche gesellschaftspolitischen Ziele verfolgt das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung bei der Hergabe von Bundesmitteln für Sonderforschungsbereiche?
103. Abgeordneter **Flämig** Inwieweit, insbesondere nach welchen Kriterien, wird eine Erfolgskontrolle bei der Vergabe der Mittel gesichert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

104. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg** Ist die Annahme berechtigt, daß heute schon zuverlässige Zahlen über das Vorkommen von Phenylketonurie bei Säuglingen bestehen?
105. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg** Sind die Vorsorgeprogramme, die in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einheitlich durchgeführt werden, als zuverlässig und erfolgreich anzusehen?
106. Abgeordnete **Frau Pitz-Savelsberg** Wenn dies der Fall ist, was gedenkt der Bundesgesundheitsminister zu tun, um die Möglichkeiten der Früherfassung gefährdeter Kinder in größerem Maße als bisher sicherzustellen?
107. Abgeordneter **Dröscher** Welche Entwicklung hat die Zahl der Impfschäden in den Jahren 1966 bis 1967 genommen, nachdem die Zahlen für 1961 bis 1965 in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Mai 1966 mitgeteilt worden war?

108. Abgeordneter
Dröschner Wie gedenkt die Bundesregierung dem Elend abzuhelpen, das in vielen Familien dadurch besteht, daß dringend der anstaltsmäßigen Unterbringung bedürftige schwachsinnige Kinder trotz laufender Bemühungen der Fürsorgebehörden keinen Anstaltsplatz finden und dadurch, insbesondere bei einkommensschwachen Familien, die gesunden Kinder gefährdet werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

109. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der deutsch-griechischen Kulturkommission eine generelle Regelung für Konfliktfälle zu erreichen, die sich aus der Tätigkeit griechischer Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland ergeben?
110. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften einen Beschluß herbeigeführt hat, wonach eine einheitliche EWG-Importpolitik gegenüber den osteuropäischen Staatshandelsländern für die nächsten Jahre aus der gemeinsamen Handelspolitik der EWG ausgenommen werden soll?
111. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher Welche Gründe waren für dieses Verhalten, d. h. für die Ablehnung der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgelegten Verordnungsvorschläge durch die Bundesregierung ausschlaggebend?
112. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher Ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß angesichts der ständigen Vorwürfe und Verdächtigungen einiger osteuropäischer Staaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Osthandelspolitik am besten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften und nicht bilateral geregelt werden sollte?
113. Abgeordneter
Unertl Ist vor der Berufung des SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein zum Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad die im öffentlichen Dienst übliche ärztliche Untersuchung vorgenommen worden?
114. Abgeordneter
Unertl Beabsichtigt der Bundesaußenminister für den Fall, daß Botschafter Blachstein nicht wieder als Kandidat seiner Partei für die Wahl zum Deutschen Bundestag benannt wird, ihn weiter auf dem Posten zu belassen oder ihn anderweitig im Auswärtigen Dienst zu verwenden?

115. Abgeordneter
Stiller An wieviel Tagen war der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der jugoslawischen Regierung, Peter Blachstein, seit seinem Amtsantritt in Belgrad anwesend?
116. Abgeordneter
Stiller Hat der Bundesaußenminister, nachdem Blachstein bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt erklärt hat, er wolle wieder aus dem diplomatischen Dienst ausscheiden, bereits einen geeigneten Nachfolger für den Belgrader Posten vorgesehen?
117. Abgeordneter
Stiller Welche Kosten (einschließlich Versorgungsleistungen) entstehen der Bundesrepublik Deutschland durch das vorzeitige Ausscheiden des Botschafters Blachstein aus dem diplomatischen Dienst?
118. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Welche Schlüsse können insbesondere aus dem Text des Artikels 1 des sowjetisch-tschechoslowakischen Besatzungsabkommens vom 16. Oktober 1968 gezogen werden hinsichtlich der souveränen Entscheidungsfähigkeit der sozialistischen Polnischen, Ungarischen, Bulgarischen und Ostberliner Regierungen bei dem Entschluß, die CSSR zu okkupieren und bei der oben genannten „Vereinbarung“ über den Abzug der Okkupationstruppen und den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der CSSR?
119. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Was sind die Hintergründe von Agentur- und Pressemeldungen, wonach die Tätigkeit der deutschen Presseagentur (dpa) im Irak untersagt worden sei und die irakische Nachrichtenagentur in ihre Verträge mit dpa wegen angeblichen Geldmangels gekündigt habe?
120. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Treffen Pressemeldungen im Paris-Match zu, wonach sowjetische Flugzeuge von ägyptischen Piloten bedient, Bombenflüge gegen Biafra durchführen und wonach „fünf deutsche Piloten“ (nigerianische und algerische Zeitungen) für Biafra gegen die Nigerianische Zentralregierung kämpfen?

Bonn, den 22. November 1968